

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Reinhard Lauterbach

14.05.2019

DIPLMATISCHE KRISE

Am Tiefpunkt

Beziehungen zwischen Russland und Belarus weiter verschlechtert. Lukaschenko lässt früheren Chef des Sicherheitsrates verhaften



Sergei Chirikov/Pool via REUTERS

Inszenierte Freundschaft: Russlands Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Kollege Alexander Lukaschenko am 13. Februar in Sotschi

Der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, scheint um seine politische Zukunft zu fürchten. Dafür spricht u. a. die Verhaftung eines ehemals engen Vertrauten durch den Staatssicherheitsdienst in den ersten Maitagen. Andrej Wtjurin war von 2007 bis 2014 Vizechef des Präsidialen Sicherheitsdienstes und rückte anschließend zum Chef des belarussischen Sicherheitsrates auf. Vorgeworfen wurde ihm Korruption – er soll von

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

einem »russischen Unternehmensvertreter« ein Schmiergeld von 150.000 US-Dollar angenommen haben. Kaum jemand in Minsk glaubt allerdings diese Erklärung. Ein Mann von Wtjurins Kaliber müsse sich nicht für russische Privatunternehmen einspannen lassen, heißt es. Die russische Agentur *Rosbalt* berichtete unter Berufung auf Quellen im belarussischen Geheimdienst, Wtjurin werde vielmehr vorgeworfen, seit Jahren für den russischen Geheimdienst FSB gearbeitet und diesen mit Informationen aus Lukaschenkos engster Umgebung versorgt zu haben. An sich ist die enge Verzahnung der russischen und der belarussischen Dienste kein Geheimnis – neu ist hingegen, dass Lukaschenko dies jetzt als Bedrohung zu verstehen scheint.

Es ist spätestens seit dem Dezember 2018 offenkundig, dass sich die offiziell »brüderlichen« Beziehungen zwischen Russland und Belarus abkühlen. Damals wurde erstmals der seit Jahren hinter den Kulissen geführte Streit um die Vorzugspreise für Öl und Gas, die Russland seinem westlichen Nachbarland bisher gewährt hat, auf offener Bühne ausgetragen.

Lukaschenko hatte seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin gedrängt, die günstigeren Preise weiterhin beizubehalten. Auf einem Wirtschaftsforum in St. Petersburg soll Putin laut nicht dementierten Angaben russischer Medien ihm entgegnet haben, »Preise wie im Gebiet Smolensk« gebe es, wenn er sich zu einer weitergehenden Integration seines Landes mit Russland bereiterkläre. Die Äußerung wurde allgemein als »Krim-Szenario« interpretiert: Danach ginge Belarus als »Minsker Gebiet« oder in Gestalt seiner sieben Verwaltungsbezirke in Russland auf.

Die beiden Präsidenten konnten den Streit seitdem auf mehreren Gipfeltreffen nicht aus der Welt schaffen. Ende April dieses Jahres eskalierte er weiter. Lukaschenko erzwang, dass Russland seinen erst 2018 entsandten Botschafter Michail Babitsch aus Minsk abzog. Der Mann, der kein Karrierediplomat ist, sondern aus der inneren Verwaltung kommt und zuvor als Vertreter Putins in Tschetschenien und im Föderationsbezirk Wolga gearbeitet hatte, hatte sich bei der Regierung seines Gastlandes unbeliebt gemacht. Die Ukraine hatte ihm zuvor das Agrément verweigert. In Belarus trat Babitsch oft unter Umgehung der Minsker Regierung direkt in Unternehmen oder Hochschulen auf und warb für eine »vertiefte Integration« beider Länder. Lukaschenko soll bei einem Treffen mit Putin am 26. April in Beijing ultimativ seine Abberufung verlangt haben. Putin kam dem wenige Tage später nach. Russische Medien berichteten, der Abzug von Babitsch sei Teil einer Abmachung gewesen: Lukaschenko habe ein Jahr, um sich zu überlegen, wie er die

»vertiefte Integration« gesichtswahrend über die Bühne bekommen könne, Russland werde sich im Gegenzug währenddessen aus den »internen Prozessen« in Belarus heraushalten. Die Drohung dahinter wäre demnach gewesen: Wenn Lukaschenko nicht liefere, habe die Duldung ein Ende. Da sich Lukaschenko 2020 für eine sechste Amtszeit wiederwählen lassen will, hat er Anlass, solche Szenarien ernstzunehmen. Zumal viele Belarussen lieber russische als die eigenen Medien verfolgen und eine russische Firma das Internet in dem Land managt.

Russland hat trotz der wachsenden Verärgerung über Lukaschenkos »politische Illoyalität« bisher darauf verzichtet, offen einen Alternativkandidaten aufzubauen. Der Amtsinhaber erschien als das kleinere Übel, auch wenn die ökonomische Stabilisierung seiner Herrschaft Russland laut Moskauer Angaben jährlich fünf bis sechs Milliarden US-Dollar kostet.